

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Mai 2013

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Altersgerecht und der Leistungsfähigkeit angepasste Arbeitsplätze

Die Rente mit 67 erfordert noch die nötigen Begleitmaßnahmen, um im aktiven Arbeitsleben bleiben zu können. Damit Mitarbeiter den Betrieben möglichst lange erhalten bleiben, müssen entweder ihre **Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet** oder **neue Einsatzbereiche** gefunden werden.

Die Erwerbsquote der Älteren hat sich zwar in den vergangenen Jahren erhöht, doch stellt sich die ernsthafte Frage, können alle gesund und leistungsfähig das Rentenalter „67“ und ohne Rentenabschläge erreichen? Außerdem wird mit dem Fachkräftemangel die Nachfrage nach gut qualifizierten älteren Arbeitskräften weiter steigen.

Deshalb fordern wir den notwendigen **Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung**, die ständige **Weiterbildung** und die bessere **Vereinbarkeit von Beruf, Kinder und Pflege**. Neben der Frage der Qualifikation werden auch **flexible Arbeitszeitmodelle** zukünftig verstärkt eine wichtige Rolle spielen.

Damit soll das Arbeitszeitvolumen flexibel auf den Erwerbsverlauf verteilt und gegebenenfalls Stunden angespart werden, um dann später die Arbeitszeit zu reduzieren oder frühzeitig in den Ruhestand gehen zu können. Mit Blick auf die arbeitslosen Älteren, deren altersgruppenbezogene Fördermaßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auf einem schmalen Grad sich bewegen, erscheint es vorteilhafter, **arbeitspolitische Instrumente nicht an das Lebensalter zu koppeln**, sondern an den (altersübergreifend und auftretenden) individuellen Eingliederungshemmnissen zu orientieren.

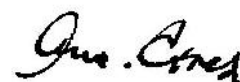
Altersgerechte Arbeitsplätze sind für Betriebe auch eine lohnende Investition in die Zukunft.

Zum Beispiel durch Job-Rotation, Veränderung der Tätigkeit, Zuteilung neuer Aufgabenfelder, durch ergonomische Maßnahmen oder durch neue Betriebsstrukturen sind Beispiele einer humanen Arbeitsstelle für ältere Kolleginnen/Kollegen. Neben den aufgezeigten, notwendigen Maßnahmen, braucht es auch **Belastungsdokumentationen**, damit altersgerechte und der Leistungsfähigkeit angepasste Arbeitsplätze in den Betrieben Einzug finden.

Unter dem Motto „**Ergonomie am Arbeitsplatz statt Frühverrentung**“ und somit den Erfahrungsschatz und die Kompetenz älterer Mitarbeiter zu bewahren, ist ein wichtiger Ansatz. Die Belastungsdokumentation erfasst wichtige Parameter: physische Belastungen, Körperhaltung und Konzentration am Arbeitsplatz. Alle Parameter zusammen ergeben somit das Ergebnis für den einzelnen Arbeitsplatz. So lassen sich im Bereich der Arbeitsorganisation oft mit kleinen Veränderungen große Wirkungen erzielen.

Wirkungen, die dem Alter angepasste Arbeit garantieren.

Matthäus Strebl
CGB-Bundesvorsitzender

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema

CGB unterstützt die Forderung des Bundeswahlbeauftragten für die Sozialwahl nach der Stärkung der Selbstverwaltung, sieht aber in den Friedenswahlen ein demokratisch legitimes und ebenso erfolgreiches wie etabliertes Wahlverfahren.

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) begrüßt die Forderung des Bundeswahlbeauftragten nach einer deutlichen Stärkung der Selbstverwaltung und mehr Transparenz über ihre Arbeit. Die Abschaffung der Friedenswahl läuft diesen Zielen zuwider, denn sie hat sich über Jahrzehnte als akzeptiertes und effizientes Wahlverfahren bewährt.

Das Sozialgesetzbuch IV und die zugehörigen Wahlordnungen für die Sozialversicherungswahlen regeln die Friedenswahl klar und nachvollziehbar. Ihre Prinzipien werden auch in der Betriebsverfassung und bei den Mitbestimmungswahlen angewandt. Auch eine Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 1973 (BSGE 36, 242) bescheinigt der Friedenswahl ihre verfassungsmäßige Legitimation im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger gewährleistet, dass die Selbstverwaltungsgorgane ein repräsentatives Spiegelbild der Versicherten und der Versicherer darstellen. Die Friedenswahlen sind für die Umsetzung dieses Zieles ein wirksames Instrument. Wer - auch mit Recht - mehr Wettbewerb in der Selbstverwaltung wünscht, erreicht dies eher durch eine Absenkung der Zugangsvoraussetzungen.

Durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel wie Internet und E-Mail kann die Akzeptanz und der Bekanntheitsgrad der Sozialwahlen und damit auch die Wahlbeteiligung signifikant erhöht werden. So werden die elektronischen Wahlverfahren bei den Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften seit Jahren erfolgreich und gesetzeskonform angewandt.

Der CGB tritt daher für die Stärkung der Selbstverwaltung unter der Beibehaltung von Friedenswahlen ein.

Darüber hinaus ist nach Ansicht des CGB nicht der Wahlmodus für die Akzeptanz der Selbstverwaltung wesentlich, sondern deren Kompetenz in Sachentscheidungen. Eine deutliche Stärkung dieser Sachkompetenz, verbunden mit der Möglichkeit für Versicherte, ihre Anliegen besser vorbringen und vor allem die Entscheidungen besser nachvollziehen zu können, ohne deswegen die Sozialgerichte bemühen zu müssen, würde die öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung der Selbstverwaltung wesentlich mehr erhöhen als die Änderung des Wahlmodus.

CGB Stellungnahme im Mai 2013

Aus den Gewerkschaften

DHV erstmals im Aufsichtsrat der Württembergischen Versicherung vertreten!



Die DHV-Die Berufsgewerkschaft e.V. konnte ihre Erfolge bei den Aufsichtsratswahlen der Versicherungen fortsetzen: Mit einem Stimmenergebnis von 43,85 % ist die DHV erstmals im Aufsichtsrat der Württembergischen Versicherung vertreten! 795 von 1.813 abgegebenen Stimmen entfielen auf die DHV-Liste! Dieser Wahlerfolg ist vor allem bemerkenswert, weil die DHV erstmals bei den Aufsichtsratswahlen antrat und einer starken Gegenkampagne von der Gewerkschaft verdigegesetzt war.

Gewählt wurden als Mitglied Nicolé Benzinger-Henzler, Vertriebsmanagerin und seit 1991 im Konzern tätig, und als Ersatzmitglied Günther Kimmel, Mitarbeiter für Spartenkoordination und seit 1970 im Konzern tätig. Die Aufsichtsratswahl der Württembergischen Versicherung AG ist für die DHV ein erfolgreicher Abschluss der Aufsichtsratswahlen bei den Versicherungen. In diesem Jahr konnten in der Branche erfreuliche Ergebnisse erzielt werden:



NÜRNBERGER Beteiligungs- AG	51,25 %
Allianz Beratungs- und Vertriebs AG	58,7 %
Allianz Deutschland AG (Delegiertenwahl)	25,2 %
HDI Kundenservice AG	63,7 %

Mitbestimmung ist die Selbstbestimmung der Arbeitnehmer und nicht die Fremdbestimmung durch eine anonyme Gewerkschaftszentrale! Nach diesem Selbstverständnis stellt die DHV nur Beschäftigte von Unternehmen als Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Gewerkschaftslisten auf. Die Wahlergebnisse zeigen, dass diese Strategie nach wie vor die richtige ist.

PM DHV vom 30. April 2013

* * * *

CGM bei Aufsichtsratswahlen am Bodensee erfolgreich - Franz Benz und Andreas Bemerl in den Aufsichtsräten von Engine Holding, MTU und Tognum vertreten



Stuttgart, 13.03.2013. Bei den Aufsichtsratswahlen der Engine Holding GmbH, der MTU Friedrichshafen GmbH und der Tognum AG ist nicht nur die relativ hohe Wahlbeteiligung von 58 Prozent erfreulich, sondern vor allem der Erfolg von Franz Benz, Vorsitzender des CGM-Bezirksverbandes Friedrichshafen/Ravensburg und seit vielen Jahren Betriebsrat bei

MTU, sowie Andreas Bemerl, auch Mitglied im CGM-Bezirksvorstand und langjähriger Betriebsrat bei Tognum.



Franz Benz wurde mit sehr guten Ergebnissen als Gewerkschaftsvertreter in die Aufsichtsräte von Engine Holding neu- sowie von MTU und Tognum wiedergewählt. Andreas Bemerl vertritt dort die Arbeitnehmerschaft und wurde ebenfalls mit überzeugenden Ergebnissen in die Aufsichtsratsgremien entsandt. Beide CGM-Kandidaten haben sich im Wahlkampf hervorragend präsentiert, haben über 4.000 Kilometer quer durch Deutschland zurückgelegt und dabei mit fast 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Zum Wahlerfolg verholfen hat aber vor allem die beständig gute Arbeit als Betriebsräte bei MTU bzw. Tognum und eine CGM-Liste mit hoch qualifizierten Kandidaten.

Benz und Bemerl haben sich auf ihre Fahnen geschrieben, sich in den Aufsichtsräten mit allen Aktionen und Entscheidungen ausschließlich am Wohle der Beschäftigten zu orientieren. Außerdem wollen die beiden sich für die Stärkung und den Ausbau aller deutschen Standorte einsetzen sowie die Themen, die in den Aufsichtsräten angesprochen werden, konstruktiv-kritisch und mit viel Sachverstand begleiten.

„Wir freuen uns sehr darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen unser Engagement belohnt haben und bedanken uns sehr für das entgegengebrachte Vertrauen“, freut sich Franz Benz über das gute Ergebnis. „Dieser Verantwortung wollen wir nun in den Aufsichtsräten gerecht werden und uns für die Belegschaft und das Unternehmen einsetzen“, ergänzt Andreas Bemerl.

PM CGB vom 13. Mai 2013



* * * *

Der Christliche Gewerkschaftsbund Landesverband Saar (CGB Saar) hat am 29.04.2013 zum diesjährigen Tag der Arbeit am 1. Mai. zu einem Empfang der Christlichen Gewerkschaften unter dem Motto: „Gewerkschaftsrecht ist Menschen-

recht“ in die Arbeitskammer Saarbrücken eingeladen.

Zu dem Empfang konnte der Landesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaften im Saarland (CGB) Hans Rudolf Folz zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gerichtsbarkeit, Verbänden und Betriebs- und Personalräte sowie Kirche und Gesellschaft begrüßen. In seiner Begrüßungsansprache hob Hans Rudolf Folz vor allem darauf ab, dass die Arbeitnehmer nicht die Zeche für Misswirtschaft und wirtschaftliche Schief lagen tragen dürfen und kritisierte, dass die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen sich immer mehr öffnet.

Auch die folgenden Grußworte der Ehrengäste stimmten die Zuhörer auf einen spannenden Vormittag ein. Vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse auch im Saarland zum Thema Missbrauch von Werkverträgen, Arbeitnehmerrechten und Lohnneubehaltung, bei der Firma Höll und bei den Bauarbeiten des Ferienparks Bostalsee, ermahnten die Ehrengäste in ihren Grußbeiträgen die Zusammenarbeit aller zum Schutz und zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten an. Kirchenrat Frank Mathias Hoffmann führte zudem die Bedeutung der Allianz für den freien Sonntag in die Diskussion mit ein. Sowohl der Vizepräsident des Sozialgerichtes Saarland Herr Helmut Himber als auch Herr Uwe Conradt als Vertreter der CDU Landtagsfraktion bekannten sich zur Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Pluralität zur Wahrung und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten. Der Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer Herr Horst Backes führte die im Saarland besondere und auch gute Zusammenarbeit zwischen den DGB und CGB Gewerkschaften in seinem Grußwort aus.

Aus Berlin waren die Bundesgeschäftsführerin Frau Anne Kiesow und der Generalsekretär des CGB Herr Christian Hertzog angereist, der in seinem Grußwort ein angemessenes und auskömmliches Einkommen eines jeden Arbeitnehmers, der in Vollzeit beschäftigt ist, forderte. Als Vertreter des CDA mahnte Herr Egbert Ullrich die Schließung tariffreier Bereiche durch den Gesetzgeber an, da dort häufig die Tarifparteien zu keiner tragfähigen Mindestlohnstarifizierung in der Lage sind. Diesem Ansinnen widersprach der stellvertretende CGB Bundesvorsitzende und Ehrenvorsitzende der Berufsgewerkschaft DHV Jörg Hebsacker in seiner Festrede aufgrund seiner jahrzehntelangen Tarifverhandlungs- und Gewerkschaftserfahrung. Jörg Hebsacker rief in seinem Gastbeitrag den Anwesenden anlässlich des bevorstehenden Tages der Arbeit in Erinnerung, dass es die Arbeitnehmer mit ihren Familien sind, welche die Mehrheit unseres Volkes darstellen. Das eben nur im Zusammenspiel mit den Arbeitnehmern das Kapital und das ihm zugrundeliegende Eigentum seine Aufgabe in der Wirtschaft auch zu Gunsten der Arbeitnehmerschaft erfüllen kann. Zwar sei der 1. Mai traditionell ein Tag der Kritik an den herrschenden Verhältnissen, z.B. Niedriglöhnen, Altersarmut sowie den Folgen der Bewältigung der Finanzkrise, Jörg Hebsacker erinnerte aber auch daran, dass bei aller Kritik und Verbesserungswürdigkeit in Deutschland unsere

Volkswirtschaft nach wie vor eine der stärksten in Europa ist, was auch für die Arbeitnehmer positiv ist.



Des Weiteren betonte Hebsacker die immense Bedeutung des Rechtes der Arbeitnehmer, sich in Koalitionen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen zu vereinen. Dieses Recht auf Koalitionsfreiheit, Recht auf Gewerkschaftsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht, ein Menschenrecht. Dieses Grundrecht sieht Jörg Hebsacker in Deutschland sehr bedroht. Ein Macht- und Monopolanspruch bestimmter DGB Gewerkschaften, unterstützt durch eine Rechtsprechung, welche die Neugründung von Einzelgewerkschaften quasi unmöglich macht, hebele dieses Recht auf Koalitionsfreiheit auf breiter Front aus. Die Christlichen Gewerkschaften werden sich, so Hebsacker weiter in seinen Ausführungen, auch weiterhin gegen Monopolansprüche positionieren und für die Koalitionsfreiheit und damit für die Verfassung kämpfen. Die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen sollte vielmehr gemeinsam gegenüber den Arbeitgebern und gegenüber der Politik stattfinden, aber auf keinen Fall gegen und zwischen anderen Gewerkschaften. Hebsacker betonte, dass die CGB Gewerkschaften die Arbeitnehmerinteressen vertreten, und dieses am liebsten mit anderen Gewerkschaften gemeinsam tun. In diesem Sinn rief Jörg Hebsacker in seinem Schlusswort alle Gewerkschaften zum gemeinsamen Handeln für die Arbeitnehmerinteressen auf, und betonte die Bereitschaft der Christlichen Gewerkschaften hierzu.

PM CGB im Mai 2013

* * * *

Vorstandswahl am 15. ordentlichen Bundeskongress der GÖD



Die Delegierten der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) haben am 26. und 27. März 2013 beim 15. ordentlichen Bundeskongress in Kirkel (Saarland) die Berichte des Bundesvorstandes entgegengenommen, eine Reihe von Anträgen zur Tarif-, Gewerkschafts- und Beschäftigungspolitik verabschiedet und einen neuen geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt.

Der amtierende Bundesvorsitzende Raymund Kandler (54) wurde nach vier Jahren seiner Amtszeit erneut als Bundesvorsitzender bestätigt. Stellvertretende Bundesvorsitzende sind der Vorsitzende des Bundesfachverbandes Bundeswehr Jörg Stadler (54) aus Oldenburg, der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachverbandes Flughäfen Manfred März (62) aus Friedrichsdorf. Als Schriftführer wurde Stephan Brockmann (51) aus Eppertshausen und als Schatzmeister Uwe Erlach (48) aus Wülfrath gewählt. Als Obmann des Prüfungs- und Einigungsgremiums wurde Herbert Fontaine aus Saarlouis wiedergewählt. Als Kassenprüfer wurden Hagen Brockmann und Hans Kemmer und als Ersatzkassenprüfer Christian Kohl und Petra Wiedemann gewählt.



Unter der Leitung des Tagungspräsidenten Josef Nikl und Unterstützung der stv. Tagungspräsidenten Sönke Jensen und Herbert Fontaine berieten die Delegierten u.a. Anträge zur Verankerung einer auf fünf Jahre verlängerten Amtszeit des Bundesvorstandes, zur Initiative für Motivationsstrategien am Arbeitsplatz, für Strategien zur nachhaltigen Lösung der anstehenden Probleme der demographischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, zur Forcierung einer einheitlichen Entgeltordnung im TVöD und zu branchenspezifischen Mindestlöhnen.

Der neu gewählte GÖD Bundesvorsitzende Raymund Kandler dankte dem bisherigen Bundesvorstand und allen Funktionsträgern für die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit während der vergangenen Legislaturperiode und verabschiedet die aus dem geschäftsführenden Bundesvorstand ausscheidenden Kollegen Jürgen Cremer, Peter Dukitsch und Kollegin Karin Hüter.

PM GÖD im April 2013

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands,
Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.